

In der französischen Deputirtenkammer brachte gestern Journiere (Soz.) einen Antrag ein, den Militärpersonen die Ausübung der politischen Rechte zu gewähren. Journiere verlangt für seinen Antrag die Dringlichkeit an, den die Begründung seines Antrages Bezug auf in jüngster Zeit von Generalen erlassene Tagesbefehle, von denen er einen solchen des Generals Lamont anführt. (Lebhafter Widerspruch im Centrum. Rufe: „Zur Ordnung!“) „Nebenher vom Vater Didon spricht, wiederhole ich die Proteste und die Fortsetzung der Begründung wird häufig unterbrochen. Ministerpräsident Dupuy erwidert, er glaube, die Drehschraube habe dem Lande schon genug Schade gebracht (Beifall), der neue Antrag Journieres würde unheilvoll sein. Das Land wolle eine Armee haben und habe eine Armee, die seine Ehre und seine Unabhängigkeit schütze. Man dürfe einem Offizier nicht die Möglichkeit geben ins Forum hinauszugehen (Beifall); man müsse sich um die Armee scharen, die Sozialisten selbst lieben die Armee.“ Auf den Zwischenruf Journieres „Genüß“ fährt Dupuy fort: „Nun wohl so ziehen Sie Ihren Antrag zurück.“ Unterbrochen dem Beifall und den Rufen: „Deftillierender Anschlag“ weist Dupuy die Dringlichkeit zurück, die vom Saule mit 477 gegen 26 Stimmen abgelehnt wird.

Der Senat berathi über die Vorlage über die Verschärfung der Strafbestimmungen für Spionage und Verrath. Mouffierin befürwortet einen Zusatzantrag, wonach Verrath auch in Friedenszeiten mit dem Tode bestraft werden soll. Gnamageran bekämpft die Vorlage, die zu streng sei, und bezieht gewisse Fälle, in denen Verurtheilungen ausgesprochen wurden, ohne daß eine Schriftstücke der Vertheidigung mitgetheilt waren, als „ungeheuerlich“. Kerner kommt an die Revision des Dreyfus-Prozesses zu sprechen und sagt, die Revision wäre eine Komödie, wenn dem Kassationshofe nicht alle Schriftstücke mitgetheilt würden (Aarm). Reichertstaterstor Morelle tritt für die Vorlage ein; es sei nothwendig, die Verräther zu bestrafen, die gemeine Verbrechen seien. Le Probst de Caunay tritt ebenfalls für die Vorlage ein und wendet sich gegen die Waghasthaft, die jetzt gegen die Armee in Gange seien. Der Senat nahm in der weiteren Beratung die Vorlage, die von dem Kriegsminister Freyinet und dem Justizminister Ledre befürwortet wurde, in der Fassung an, wie sie von der Kommission festgelegt ist und wonach Beamte, die sich des Verraths schuldig machen und in Friedenszeiten mit dem Tode bestraft werden sollen.

Die Polizei bestätigt, daß der verhaftete Decrion unter Biacquart und Henry Geheimagent des Nachrichtenbureaus gewesen, jedoch wegen verächtlicher Wadenschäften entlassen worden sei.

Die vorgefertigten Stammervorgänge beeinflussen die Dreyfus-Affaire nicht im geringsten. Die Arbeit setzt der Stationschef seine Untersuchung fort und hat alle Offiziere, welche über die angeblichen Geständnisse Dreyfus' etwas wissen, bereits vernommen; Lebrun-Ménard's Verhör dauerte zwei Stunden.

Die Verhandlungen zwischen Majestätshoch-
und Regierung wegen Vorlegung des Geheim-
bündels werden fortgesetzt; die Vorlegung ist
absolut zweifellos, so daß ein Konflikt ver-
mieden wird.

Brissot erklärt nachdrücklich, die Geheim-
nisten enthalten nicht den geringsten Beweis für
Drehfus' Schuld.

Der Kassationshof verbot gestern den früheren Minister Guérin und den früheren Kommandanten des Cherche-Midi-Gefängnisses Fortinetti. Ferner nahm der Kassationshof Kenntniß von dem Briefe Esterhazy's, in welchem dieser seine Vernehmung beantragt, und verlagte die Entscheidung darüber bis zur nächsten Woche.

Wie verlautet, sei Mornard eventuell geneigt, auf die Einsicht der Geheimakten zu verzichten, um dem Kassationshof die Aufgabe zu erleichtern: dieser aber ist entschieden, seine Re-

Einige gut informierte Persönlichkeiten, die Besichtigungen zum Justizpalast unterhielt, erklärte gestern Nachmittag, der Stationshof werde nicht oder morgen sein Gutachten in Sachen der Dreifuss-Angelegenheit abgeben. Sollte dies tatsächlich der Fall sein, so ergibt sich hieraus, daß die Meinung des obersten Gerichtshofes genügend durch die bereits verhörrten Persönlichkeiten aufgeklärt ist und daß der Stationshof sich vorläufig als überflüssig erachtet, von dem gemeinsamen Dozierer Kenntnis zu nehmen. Der Stationshof wird wahrscheinlich nur erklären, daß die Revision des Dreifuss-Prozesses notwendig ist und daß die Revision vom Stationshofe und nicht vom Kriegsgericht geleitet werden muß. Sobald das neue Revisionsverfahren eingeleitet wird, wird der Stationshof alle ihm notwendig erscheinenden Schriftstücke erhalten müssen.

Auf wie schwacher Grundlage die Mittheilungen der neuboulangischen Presse über das angebliche Geständniß des Kapitäns Dreyfus stehen, erhebt aus den „Informationen“ des „Petit Journal“. Dieses Blatt kommt auf das Geständniß zurück, das Dreyfus kurz vor seiner Verurtheilung abgelegt haben soll. Nicht bloß dem oben genannten Hauptmann Lebrun-Menault, sondern auch dem Major d'Attel. Der Letztere ist vor zwei Jahren in einem Eisenbahnwagen zwischen St. Denis und Montmorency an einem Schlaganfall gestorben. Lebrun-Menault wird diese Woche von der Strafkammer des Kassationshofes als Zeuge vernommen werden. Nach der Degradirung soll d'Attel zu seinem Freunde, dem Hauptmann Anthoine, gesagt haben, er habe aus dem Munde des Verurtheilten eben die Entfesselung gehört: „Das Wenige, was ich auszusperre, lohnt wohlthätig nicht der Mühe. Wenn man sie freie Hand belassen hätte, so hätte ich sehr dagegen eingetauscht.“ Hauptmann Anthoine überholte dem Major de Mitry, was ihm anständig anvertraut worden war, und dieser bezeugte darüber schriftlich. Was Lebrun-Menault trifft, so sucht Jüdet vor Allem die Darstellung des Kathen am Kassationshofe Bard zu entkräften, wonach der Hauptmann nur vorübergehend an stelle des Majors Guérin den Verurtheilten beobachtet hatte. Er blieb im Gegentheile über eine Stunde mit Dreyfus zusammen und erzählte daher eifrig dem Major Guérin (heute Oberstleutnant und Unterchef des Generalstabs des Militärgouverneurs von Paris), was er gehört

hatte. Er that es in Gegenwart mehrerer Offiziere, so des Hauptmanns Barbade, Ordnungs-
offizier des Generals Sausser und des Militär-
intendanten Peyrolle. Es liegt nun ein Bericht
des Oberlieutenants Guerin vom 14. Februar
1898 über jene Ereignisse vom Januar 1898
vor. Darin ist von Gesprächen die Rede, welche
Guerin mit dem Hauptmann Lebun-Stenau
dann mit dem Militärgouverneur Sausser und
was neu klingt, auch mit dem Oberlieutenant
Picquart über die Gefährnisse von Dreyfus
hatte. Das „Petit Journal“ kann den Bericht
Guérins, durch den der Stationshof und der
Publikum beeinflusst werden sollen, sonderbar
Weise in Worlaute wiedergeben.

Die in Londoner „*Observer*“ vom 18. Dezember von „*Dixi*“ fortgesetzten Enthüllungen zu Dreyfus-Falle beschäftigen sich mit der Rolle, die Major Esterhazy und Major, jetzt Oberst von Schwarzkoppen in dem langen Drama gespielt haben. „*Dixi*“ schreibt: „Die Rolle des Obersten von Schwarzkoppen in der Dreyfus-Angelegenheit ist höchst wichtig. Schade, daß dem tapferen Offizier nicht gestattet worden, die Wahrheit ebenso als jetzt zu sprechen. Was über ihn in einer Briefe eines Diplomaten, datirt Bern, August 1897, veröffentlicht worden, giebt dem Leser einen Begriff von seiner Rolle. Major Schwarzkoppen wurde 1892 zum Militärattaché bei der deutschen Botschaft in Paris ernannt. Natürlich der Welt wollte er gut unterrichtet sein. Esterhazy besah sich an. Major Schwarzkoppen vermochte sich in Versuchung nicht zu widerstehen und er trat in Beziehung zu ihm, ohne seinen Vorgesetzten davon in Kenntniß zu setzen. Esterhazy, der gut Deutsch versteht, wurde 1876 im Generalstab beschäftigt. Obwohl er später wieder zu seinem Regiment zurückkehrte, hielt er seine Beziehungen zum Generalstab aufrecht und lieferte Schwarzkoppen reichliche Informationen. Major Schwarzkoppen erklärte zur Zeit seiner Abberufung, daß er von Esterhazy nicht weniger als 162 Mittheilungen empfangen hätte. Der Werth derselben läßt sich nicht genau feststellen. Wieviel zahlte Schwarzkoppen dafür? Eines Tages wurde die Summe von 80 000 Franken in einem Jahre von Major Schwarzkoppen als der Betrag erwähnt. Er machte eine Geberde, deren Bedeutung zu errathen schwierig ist. Im Frühjahr 1894 febrte Schwarzkoppen, der inzwischen zum Oberstleutnant befördert worden, von einer Urlaubsfahrt zurück und fand die Dokumente vor, die in dem Dreyfus zugeschriebenen Vorbereitungen aufgeführt sind. Das Vorbereitungs befand sich damals schon im Kriegsministerium. Schwarzkoppen erkannte die Quelle der Sendung und seine Beziehungen mit Esterhazy wurden fortgesetzt. Damals hatte Major Schwarzkoppen keine Kenntniß von dem Vorhandensein des Vorbereitungs, das aufgefunden und nach dem Nachrichten-Bureau des französischen Kriegsministeriums gebracht worden war. Am 29. Oktober 1894 fragte „*Ebre Parole*“, ob nicht eine wichtige Verhaftung wegen des Verbrechens des Hochverraths stattgefunden habe. Oberst Schwarzkoppen gab sich zu seinem Freund dem Militärattaché der italienischen Botschaft in Paris (damals Major) Panizzardi und jagt ihm: „Ich glaube, mein Mann ist erwischt worden.“ Am nächsten Tage bestätigte „*Eclair*“ die Nachricht. Am 1. November kündigte „*Ebre Parole*“, die Verhaftung eines jüdischen Offiziers“ an. Am diesem Tage erwidert Oberst Schwarzkoppen wieder bei Major Panizzardi: „Nicht, als er ihn erblickte, aus: „Ach! Es war ein Falscher. Es ist nicht mein Mann.“ Aus dem Vorstehenden kann man sehen, welche wichtige Rolle Oberst Schwarzkoppen in der Dreyfus-Angelegenheit spielt, und wie nützlich es sein würde, wenn er mit Glaubwürdigkeit seines Souveräns frei von der Leber weg sprechen könnte. Niemand könnte mit einem einzigen Worte besser dem Gebahren Esterhazys, der die Gefahr vor Weitem witternd, eine Gegenmine in die Hände des ersten Präsidenten des Kassationshofes, Mazzeau, legt, indem er ihm einen Brief sendet, in dem er Schwarzkoppen anbelangt, ein Vorurtheil gegen ihn zu haben, ein Ende setzen. . . Oberst Schwarzkoppen wird sicherlich sprechen und klären genug von Allen verstanden werden; er wird es um so bereitwilliger thun, wenn er weiß, daß eine große Menge gefälschter Dokumente, angeblich von ihm herrührend, vom französischen Kriegsministerium zu hohem Preise angekauft wurden.

Das **Kaiser-Manöver** wird im Jahre 1899 umgibtlich nicht zwischen dem 1. und 17. Armeekorps stattfinden. Wie der „**Elb. Zig.**“, „von hoher militärischer Seite“ mitgetheilt wird, ist in Königsberg der Bescheid eingetroffen, daß das nächstjährige Kaisermanöver zwischen dem 13. Armeekorps und 14. Korps abgehalten wird. Seit steht, daß das 13. Armeekorps befestigt wird, das am längsten von dem Kaiser nicht gesehen wurde. Im Glat für Württemberg sind deshalb auch für die große Herbstübung 300 000 Mann ausgeworfen worden. — Der Vorstand des Reichsausschusses für die deutschen Nationalfeste ist kürzlich in Berlin einmüthig zu dem Beschlusse gelangt, die Organisation des Reichsausschusses zu erweitern und zwar in der Weise, daß sich mit einer ähnlichen Verfassung, wie etwa der deutsch-österreichische Alpenverein sie hat, ein **großer deutscher Verein für vaterländische Festspiele** bildet, dem örtliche Zweigvereine in allen Reiche als selbstständige Glieder angehen. Die Nationalfeste des zu gründenden Vereins sollen regelmäßig alle fünf Jahre am Niderwald gefeiert werden. — Der Privatdozent für Nationalökonomie **Dr. Max von Sackel** an der Universität in Würzburg erhielt einen Ruf als außerordentlicher Professor der Staatswissenschaften nach Münster (Westfalen). — Der Hof-Dampfkessel-Brennereibesitzer **P. S.** ansonsen in Bonn hat aus Anlaß der Eröffnung der neuen Rheinbrücke der Stadt Bonn 2500 M. bewillien. Diese sind am Tage der **Brücken-eröffnung** durch die Armenbezirksvorsieher in geeigneter Weise zur Verteilung gelangt. — Für das **Kaiser Friedrich-Denkmal** in Breslau hat die Stadt Görlitz einen Beitrag von 500 M. bewilligt. — Der Aufsicht für das **Moltke-Denkmal** schreibt einen Wettbewerb für die Düsseldorf Künstlerchaft aus zur Errichtung eines **Denkmals für den Feldmarschall Moltke**. Das Denkmal soll den Feldmarschall als Stabsherrn in 1/4-acher Lebensgröße zur Darstellung bringen.

Für den Sodel wird eine künstlerische Ausgestaltung verlangt. Runde Sodelfiguren sollen, mit Ausschluß von Allegorien, wirkliche Erscheinungen der Armen und des Volkes zeigen. Das Denkmäl soll möglichst bis zum 26. October 1900, dem 100jährigen Geburtsstage Moltkes, fertiggestellt sein. Das Preisgericht besteht aus den Herren: Bildhauer Professor Volkstarkstraße, Bildhauer Architect Nieb-Beulin, Bildhauer Professor Maison-München, Architect Professor Schill-Düsseldorf, Maler Professor Deder-Düsseldorf. Für die besten Entwürfe sind drei Preise von 1000, 600 und 400 Mk. ausgesetzt. — Gestern konstituirte sich die „**Mittheilung Magdeburg**“ des **deutschen Floristenvereins**. Den Vorsitz übernimmt Oberpräsident Staatsminister Dr. v. Bötticher. Beisitzer sind Kommerzienrath Hubbe und Oberbürgermeister Schneider. — Die Handelskammer in Barmen lehnte einstimmig die vom Verein zum Schutz für Handel und Gewerbe beantragte Einführung einer **Umfassener für Waarenhändler** ab und sprach sich nur für eine Beschränkung der Zweiggattungen aus. — Die Kopenhagener Zeitung „Politiken“ meldet, alle Gemeindevorsteher in Sundand hätten ein vertrauliches Schreiben vom Landrath in Sonderburg erhalten, in dem angeordnet wird, daß alle Eltern, die Kinder auf dänischen Schulen haben, diese bis zum 20. Dezember zurückrufen sollen. Im anderen Falle würden alle **dänischen Unterthanen** in den betreffenden Gemeinden **ausgewiesen**. Der Landrath von Nordschjøn in Sonderburg habe dieses Schreiben auf direkten Befehl des Oberpräsidenten von Köller erlassen. Die betreffenden Eltern werden, wie die „Politiken“ weiter meldet, dem Befehle nicht nachkommen. — Es bleibt abzuwarten, ob sich diese Mittheilung bewahrheitet.

Berlin, 21. Dezember. Der Kaiser und die Kaiserin erschienen gestern Nachmittag kurz nach 3 Uhr im ersten chemischen Institut der Universität, Georgenstraße 35—36, um einen Vortrag von Professor Ramsay aus London über seine Entdeckung neuer Elemente in der Luft zu hören. In Begleitung des Kaiserpaars befanden sich der Oberhof- und Hausmarschall Graf A. Eulenburg, der Hausmarschall Freiherr von Lyncker, Excellenz Graf Steller, Flügeladjutant General von Scholl und die Hofdame Fräulein von Gersdorff. Im chemischen Institut wurden die Majestäten von dem Chef des Zivilabteiles Excellenz von Lucanus, Kultusminister Dr. Dr. Vossie, Geh. Rath Schmidt vom Kultusministerium, dem Direktor des Instituts Geh. Rath Emil Zücker, Geh. Rath Landolt und Professor Liebermann empfangen. Auch der großbritannische Botschafter Sir F. C. Lascelles war erschienen. Nachdem sich die Majestäten kurze Zeit in der Vorkabine des Instituts mit den Anwesenden unterhalten hatten, begaben sie sich in den großen Hörsaal, der eine Treppe hoch gelegen ist. Professor Ramsay begann alsbald den Vortrag über seine Entdeckungen. Er führte aus, wie die Entdeckung des Argon und des Helion ihn zu weiteren Versuchen mit flüssiger Luft geführt hätten. Die Gassen im periodischen System der Elemente hätten ihn auf die neuen Elemente hingewiesen. Bei seinen Versuchen mit verflüssigter Luft habe er nun weitere drei neue Gase entdeckt. Diese sind in der Atmosphäre enthalten, aber noch von keinem Chemiker bis zum heutigen Tag bemerkt worden. Der Grund, daß die Elemente so lange unbekannt geblieben konnten, liegt darin, daß die Elemente gar keine Verbindungen eingehen, so daß sie der chemischen Untersuchung sich fast entziehen. Es gelang Ramsay, die neuen Gase durch fraktionirte Destillation darzustellen. Der Forscher nennt die neuen Elemente Skrypton, Neon und Xenon, d. h. das Verborgene, das Neue und das Fremde. Professor Ramsay führte mit Hülfe eines Projektions-Apparates dem Kaiserpaar die Einrichtungen vor, mit denen er seine Versuche auszuführen hat. Die Gase selbst stellte er in verglitzenen Nöhrchen dar; der durch dieselben geleitete elektrische Strom ergab das Spektrum der Gase. Die Majestäten folgten den Ausführungen des berühmten Forschers mit großem Interesse. Nachdem Professor Ramsay geendet hatte, wurde er vom Kaiser in ein langes Gespräch gezogen. Der ganze Vortrag hatte etwa 35 Minuten, der Besuch des Instituts $\frac{3}{4}$ Stunden in Anspruch genommen. Im Treppengange des chemischen Instituts verabschiedete sich der Kaiser und die Kaiserin vom Kultusminister Dr. Dr. Vossie und den übrigen erschienenen Herren. Der Kaiser fuhr von der Georgenstraße zum Staatssekretär des Auswärtigen von Bülow, Kultusminister Dr. Dr. Vossie begab sich, nachdem er sich vom Kaiser verabschiedet hatte, zu Professor Ramsay zurück, um ihm seinen Dank auszusprechen. Zum Schluß führte Prof. Ramsay seine Experimente den zahlreich anwesenden Studierenden des Instituts vor.

Der in den Priesterstand eingetretene
Prinz Max von Sachsen wird demnächst die Seelsorge in einer der größten Industriestädte Süddeutschlands (Münchberg?) übernehmen. Diese
Schatzkade scheint einem Theil des bayerischen
Klerus nicht unangenehm zu sein, denn in der
"Germania" glaubt ein Korrespondent aus Baiern
bremen" zu müssen gegenüber dem Zufall, den
der Prinz bei seinen Predigten finde. Er eifert
gegen den "Samiam", der gelaglen werde,
denn der Prinz die Kugel betreite, und gegen
die Art, wie seine Promotion zum Doktor der
Theologie verheimlicht worden sei. Sehr fein ist
die Bremsie nicht, die hier angewendet wird.

— Einem Privatbriefe aus China vom 1. Oktober d. J. entnimmt die „Kreuztg.“ folgendes: Der politische Horizont ist in China jetzt unruhig. Wie es scheint, stehen wir vor einer Revolution, in der die freundeindeutlichen Mächte sich Geltung zu verschaffen suchen werden. Die Basler Missionare im Sineskreise haben zum Theil ihre Familien bereits nach Hongkong schicken müssen. In Canton und in den umliegenden Provinzen entstehen zur Befriedung der Missionare. In Peking ist ein katholischer Priester ermordet. In Amoy und Fuzhou scheint noch Alles ruhig zu sein, während es im schi-Chin-Gebiet sehr unruhig ist.

— Der Bundesrath hat in seiner gestrigen Plenarsitzung einem Antrage, betr. die geschäftliche Behandlung einer Denkschrift über die Schw...

gebiete, die Zustimmung ertheilt; ebenso dem Ausfuhrprotokoll, betr. den zollfreien Einlaß der im Freigebiete von Bremerhaven bei der Reparatur von Dampfschiffen mit inländischen Materialien entstehenden Abfälle; dem Ausfuhrantrage, betr. die Aenderung des amtlichen Waarenverzeichnis zum Zolltarife; endlich dem Ausfuhrbericht über die Aenderung des statistischen Waarenverzeichnis und des Verzeichnisses der Massengüter. Den zuständigen Ausschüssen wurden überwiefen der Gesetzentwurf über Venderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuches, die Vorlage zur Abänderung und Ergänzung der zur Ausführung des Impfgesetzes erlassenen Vorschriften und der Gesetzentwurf für Eisab-Lotbringen, betr. die Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuches. Von Mittheilungen, betr. Verhandlungen der Kommission für Arbeiterstatistik und betr. die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften für 1897, wurde Kenntniß genommen und über einige Resolutionen des Reichstags sowie über eine Reihe von Eingaben Beschluß gefaßt.

— Zu dem neuen Veruche der Begründung einer konservativen Partei in der Provinz Hannover bemerkt die „Nat.-Lib. Corr.“: „Eine Prüfung der Unterschriften des Auftrufs ergiebt, daß es sich zu einem erheblichen Theile um zu- meist abhängige Regierungsbeamte handelt. Dar- unter findet sich der bekannte Landrath v. Meinen, der wegen seines nachgelagerten Uebersetzers vor der Reichstagswahl in Hildesheim eine be- vorzogene Korrektur sich zugug; er unterstützte be- malis den Bundeskandidaten. Weiter befinden sich darunter die Landräthe von Berg und von Pestel; Ersterer ist in Giffhorn gewählt und ver- tritt diesen Kreis seit 1893 im Landtag. Letzterer kandidirte bei den Reichstagswahlen für die Konservativen und den Bund der Landwirthe gegen den National-Liberalen mit dem Erfolge, daß ein Welsje siegte. Weiter haben unterschrieben die freikonservativen Landtagsabgeordneten Feld- mann, in Fallingb.-Soltan gewählt, und Eiders, der Alfeld-Gronau in der künftigen Legislaturperiode vertritt. In allen diesen Wahl- freistellen hatte sich schon diesmal mit allem Nach- druck beherrschender Einfluß dahinter gelegt, die National-Liberalen zu verdrängen. Das ist das Charakteristikum dieser Bewegung, mit der aber schon jetzt eine zweite in Konkurrenz tritt: die „Niederlässische konservative Partei“, die es um hannoverschen Bundesbesitz hält und in ihrem Organ, der „Hannoverschen Post“ die „Konservativen Niederlässischen“ mahnt, sich auf den Bund der Landwirthe und noch mehr sich auf „versöhnte Welschen“ zu stützen. Außer diesem sich bereits ankündigenden Gegenstz ist dann noch als Erfolg dieses Borgehens zu verzeichnen, daß in den welschen Organen sich ein großes Ver- zagen befand ob der Arbeit, die nun die Na- tional-Liberalen bekämen durch „die der Protektion der Regierung sich erfreuenden preußischen Stamm- merben“ (deren drei unter dem Aufstz stehen) und Landratspartei“. Für die national-liberale Partei in Hannover hat dieses Borgehen der „vereinigten Konservativen“ nichts Ueberrassendes. Es sind dieselben Elemente, mit denen bei den Wahlen geringen werden mußte, und man ist sich in Hannover schon lange vollständig darüber klar, weissen man sich für die nächste Zukunft von diesen Politikern zu verziehen hat, die im letzten Jahre selbst mit extrem-agrarischer Unterthünig- keit gegen den national-liberalen Besitzstand angingen und nun, nach der Niederlage der extremen Rich- tung des Bundes in Hannover, naturgemäß die abfluthenden Gewässer für sich abzutauen bestrebt sind. Es ist daher sogar ein Gewinn für die nationale Sache in Hannover, wenn so früh schon der niederlässischen Wählerkraft gezeigt wird, was man „von oben“ mit ihr vorhat.

— Ein Bullefiest, das der Oberpräsident Dr. Kasse dieser Tage in Koblenz veranstaltete, hat den Zorn der ultramontanen Blätter erregt. Zu der „Germania“ liest man: Der höchste Beamte der zum allergnädigsten Theile katholischen Rheinlande scheint nicht zu wissen, daß die Katholiken in dem Advent nicht bloß dem Geiste des Christenthums gedenken, sondern auch in Folge ausdrücklicher Bestimmung der Kirche sich aller rauschenden Lustbarkeiten zu enthalten verpflichtet sind. Durch das von ihm veranstaltete Fest wird eine große Anzahl von Katholiken geradezu veranlaßt, dieser Bestimmung zuwider zu handeln. Beschämend ist es für uns Katholiken allerdings, daß ein großer Theil unserer Glaubensgenossen uns wichtigen Gründen bei derlei Gelegenheiten die Gebote der Kirche öffentlich übertritt, das sollte aber für die hohen Träger der Verwaltungssämter keine Entschuldigung sein. Bullefiest im Advent und in den Tagen zu veranlassen und dazu — Katholiken einzuladen. Das Vorgehen des Oberpräsidenten der Rheinprovinz verdient eine scharfe Rüge und eine Verurtheilung in Landtage.

Das Disziplinarverfahren gegen den
Professor Hans Delbrück wird von der „Kreuzzeitung“
amti begründet, daß „die Staatsregierung nicht
nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, auch
universitäts-Professoren gegenüber die Staats-
autorität zu wahren und nöthigenfalls gegen sie
die gesetzlichen Bestimmungen anzuwenden“.

Die Zweifel im vorliegenden Falle kommt der seine gesetzliche Bestimmung in Betracht, deren Anwendung geboten war. Wenn ein Universitäts-Professor etwa eine ehrenrührige Äußerung begehrt, wird Niemand bezweifeln, daß ihn auf Grund der Bestimmung des Disziplinargesetzes einzuschreiten ist, welche von der Achtung, dem Ansehen und dem Vertrauen spricht, die sein Beruf erfordert; die verfehrte Vertretung einer politischen Ansicht aber beeinträchtigt jene Achtung, jenes Ansehen und jenes Vertrauen nicht. Sogar manche konservative Blätter bezweifeln zum Mindesten die politische Zweckmäßigkeit und Klugheit des Vorgehens der Regierung.

— Der Antrag Rösche-Bachnide betr. die
 Organisation der Arbeitsnachweise ist von hoher
 sozialpolitischer Bedeutung und darf mit einiger
 Sicherheit auf Annahme im Reichstage rechnen.
 Auch darf man annehmen, daß die verbündeten
 Regierungen nicht zögern werden, dem Antrage
 Folge zu geben. Die preussische Regierung muß
 dem Antrage freundlich gegenüberstehen, da sie
 ebenfalls in Ministerialentlassen auf die Errich-
 tung von paritätischen allgemeinen Arbeits-
 schweifen hingewiesen hat. In den andern

Württemberg und Baden ist die Organisation des Arbeitsnachweises im Sinne der Antragsteller beinahe durchgeführt, so daß auch von dieser Seite dem Antrage sicherlich zugestimmt werden wird. Auf den Standpunkt des paritätischen, d. h. des gleichmäßig von Arbeitgebern und Arbeitnehmern verwalteten Arbeitsnachweises, sich mit aller Euthukieheit der Verband deutscher Arbeitsnachweise gestellt, indem er auf der jährlich in München abgehaltenen Verbandssammlung durch den Mund seines Vorsitzenden Dr. Freund eine bezügliche Erklärung abgegeben ließ. Die Arbeiter, die früher die Forderung aufstellten, daß der Arbeitsnachweis in ihren Händen ruhen müsse, haben sich von der Ungerechtigkeit und Unerfüllbarkeit dieser Forderung überzeugt und sie zu Gunsten des paritätischen Arbeitsnachweises fallen lassen. Nun wäre es sehr wiinsenswerth, wenn auch die Arbeitgeber diesem Beispiele folgten und ihren Standpunkt, den nämlich der Arbeitsnachweis allein in ihren Händen ruhen müsse, aufgaben. In sehr erfreulicher Weise hat hier den Anfang der Berliner Zentralauschuß kaufmännischer gewerblicher und industrieller Vereine gemacht, der nach einem vorangehenden Referate Dr. Freund's die paritätische Organisation des Arbeitsnachweises als zur Förderung des guten Einvernehmens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer durchaus wiinsenswerth bezeichnete. Die „Soz. Pr.“ hebt mit Recht die Bedeutung dieses Beschlusses einer Vereinigung hervor, woran 38 große gewerbliche Verbände theilhaftig sind. In der jetzt in Berlin ausgebrochenen Lohnbewegung der Bäder ist u. A. auch die Forderung des paritätischen Arbeitsnachweises erhoben worden. Wir wollen der sichereren Hoffnung Ausdruck geben, daß in diesem Punkte die Arbeitgeber nachgeben, denn es handelt sich hier um eine berechtigete Forderung der Arbeiter, die die ungetheilte Sympathie weiter Kreise der Bevölkerung findet.

Reit. 2. Dezember. Die morgige Nummer des „Antisplattens“ veröffentlicht die Enthebung des Ministerpräsidenten Bannfy von der Leitung des Ministeriums a latere. Der König drückt bei dieser Gelegenheit dem Ministerpräsidenten seine volle Anerkennung und seinen Dank aus für die auch in der Eigenschaft des Ministers a latere bezeugte eifrige und selbstlose Thätigkeit. Koloman Tisza besprach vor seinen Wählern in Großwarden die Lage und erklärte, man werde als Abhilfe gegen die Obstruktion die Einführung des Schlusses der Debatte in Erwägung ziehen müssen. Er sei stets Gegner jeder Beschränkung der Redefreiheit gewesen und hoffe, daß die Nothwendigkeit einer solchen Maßregel nicht eintreten werde. Wenn indeß die Opposition nicht verschmähen sollte, das Verfahren des österreichischen Reichsraths nachzuahmen, so würde man kein Bedenken tragen, nach dem Beispiel des englischen Parlaments vorzugehen.

Brüssel, 20. Dezember. Bei den anlässlich des Jubiläums der katholischen Studentenverbündung in Lüttich stattgehabenen Festlichkeiten kam es an den letzten Tagen zu wiederholten Unruhestörungen. Als die katholischen Studenten gestern nach Löwen zurückkamen, fanden dort ernste Zusammenstöße mit der Bevölkerung und der Polizei statt. Die Gendarmen trieben die Demonstranten auseinander, wobei mehrere derselben leichte Verletzungen davontrugen und eine Anzahl von Verhaftungen vorgenommen wurden. Ein Gendarm erlitt durch einen Sturz mit dem Pferde eine schwere Verletzung.

Rom, 20. Dezember. Nachdem jetzt fünf-
aufend Musketen an die Kavallerie vertheilt
worden sind, ist die ganze Armee mit dem neuen
seinkalibrigen Gewehr bewaffnet.

Adelaide, 16. November. An der Pariser Ausstellung wird sich unser Erdtheil in sehr geringem Maße betheiligen; Neuseeland und Südaustralien verhalten sich ganz absehnend. Victoria, Queensland und Westaustralien werden sich weitestlich auf Darstellung ihrer Goldproduktion beschränken. Von dem Gedanken, die geordneten bedeutendsten Goldflumpen in natura auszustellen, ist man jedoch abgekommen; wiegt doch der von Gumpie gefommene Nugget 1846 (Werth 132 000 Mark), der von den Arroyos-Goldfeldern 1802 Unzen, und von der Brilliant Gold Mining Comp. (Charters Towers) erwartet man einen „Kudgen“ gediegenen Goldes, 5913 Unzen schwer und 409 000 Mark werth. Solche Objekte sind zu kostbar, um so weite Reisen zu machen (erst auf die Greater Britain Exhibition in London, dann nach Paris); man wird sich deshalb, wie in Victoria, auf genauere, stark vergoldete Nachbildungen der Nuggets in Gips beschränken und diese dahin senden.

In **Krefeld** ist die Streibewegung unter den Webern größtentheils beigelegt. Die Fabrikbesitzer der Arbeiter haben beschloffen, heute die Arbeiter aufzufordern, auf Grund der Resolution, welche am Sonnabend gefaßt und von den Stofffabrikanten angenommen wurde, die Arbeit am nächsten Mittwoch wieder aufzunehmen. Nur die Weber der Firma Grahner und Gobbers sollen ausständig bleiben. Gestern Mittag besetzten nahmen in 16 Firmen der Stoffbranche die Arbeiter in kleinen Trupps die Arbeit wieder auf. — Die **Vergleiche des Klauenschmiedes** verlangen von den Werksverwaltungen die sich auf alle Arbeiterklassen erzielende Lohnerhöhung von 10 Prozent; außerdem sollen sämtliche Ueberstunden, die sich nicht auf Grundentlohnungen zurückführen lassen, beseitigt werden, ebenso die auf einzelnen Werken bestehenden hohen Lohnunterschiede. Auch soll künftig die Entlohnung in jeder Woche erfolgen.

Stettin, 21. Dezember. Der Regierungs-
referendar Dr. jur. Graefler von hier hat die
weite Staatsprüfung für den höheren
Verwaltungsdienst bestanden.

er ihn mit Hurrah-Rufen.